

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Die polnische Schaltung  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094446>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die polnische Schaltung

Eine Zwischenbilanz  
von Peter Sager

**Der Fall Polen ruht nur scheinbar. Die Sowjets dürfen ihn nicht auf sich beruhen lassen, weil sonst ihr Gefüge fault. Sie müssen sich definitiv mit ihm befassen. Das können sie am bequemsten tun, wenn sie den Westen vorsorglich lahmgelegt**

**haben. Er ist energieabhängig, und er hat einen Haufen Probleme, die man auch von aussen her aufheizen kann. Polen ist im Sowjetlager eine Schwäche, die Moskau zur Offensive auf die Umwelt zwingt. Deshalb sollte diese Umwelt aufpassen.**

Die Entwicklung in Polen ist für uns unter zwei Gesichtspunkten von ganz ausserordentlicher Bedeutung. Einerseits ist die Problematik des kommunistisch verwalteten Staates und insbesondere der Planwirtschaft wieder einmal sichtbar gemacht, andererseits auch jene der Beziehungen eines Satelliten zur Sowjetunion.

## Die geschlossene Gesellschaft

Zur ersten Frage sei kurz folgendes in Erinnerung gerufen. Der kommunistische Staat ist eine Diktatur, die sich auch totalitärer Methoden bedient. Es gibt keinen Pluralismus der Macht. Die Wirtschaft ist durch den Staat völlig kontrolliert und so der Politik untergeordnet. Darum weisen solche Staaten eine geringere wirtschaftliche Gesamtleistung auf, als sie im Rahmen der Marktwirtschaft erbracht wird.

Das ist nicht Folge von Unkenntnis, Einsichtslosigkeit oder Dummheit, sondern ganz einfach der Preis, der für eine durchgehende Kontrolle der Wirtschaft bezahlt werden muss. Der Nachteil einer ungenügenden wirtschaftlichen Gesamtleistung wird aus der Sicht der Partei mehr als aufgewogen durch die Tatsache, dass auf diese Weise kein wirtschaftlicher Pluralismus entsteht. Der Staat bestimmt den Lebensstandard, indem er das Verhältnis der Produktion von Investitionsgütern und von Konsumgütern festlegt.

Im Ergebnis hat zwar der einzelne Staatsbürger in der Diktatur einen absolut kleineren Anteil an einem relativ geringeren Sozialprodukt als jener in der offenen Gesellschaft, aber die Führung vermag weit mehr Mittel zum Aufbau ihrer Macht abzuzweigen, als das einer demokratisch gewählten Regierung möglich wäre.

Vom Staatsbürger kann aus diesem Grunde keine Begeisterung für das System erwartet werden. Sie ist um so kleiner, je stärker die Erinnerung an andere Zeiten wachbleibt und je besser die Information über andere Verhältnisse durchkommt. Die Zentrale der kommunistischen Bewegung ist deshalb dauernd auf eine Infragestellung ihres Machtanspruches gefasst. Unter besonderen Bedingungen wird diese Infragestellung unüberschaubar. Beispiele dieser Art sind die DDR 1953, Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968. Polen hat verschiedentlich Widerstand bekundet, so im Juni 1956, dann 1970/71, 1976, und wiederum 1980/81.

Die polnischen Arbeiter, die im Juli 1980 in den Streik getreten sind, um ihr materielles Los zu verbessern, haben aus den früheren Erfahrungen

gelernt. Wenn eine solche Grundwelle aufbricht, ist die Staatsführung rasch zu wirtschaftlichen Konzessionen bereit, nur um die Lage zu beruhigen. Bisher wurden solche Konzessionen in der Folge wieder zurückgenommen.

Die polnischen Arbeiter haben erkannt, dass sie über eine Machtposition verfügen müssen, um die Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen durchsetzen zu können. Daher ihre politische Forderung nach einer unabhängigen Gewerkschaft. Der Staat war überrumpelt, spielte auf Zeitgewinn und gab im Kompromiss von Danzig am 30. August 1980 die Erlaubnis zur Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft.

Diese Gewerkschaft hat ausserordentlich starken Zulauf erhalten und verfügt darum über eine beträchtliche Macht, die sich dem bisher alleinigen Machtanspruch des Staates gegenüberstellt. Erstmals in der Geschichte der Satelliten konnte eine spontane Massenbewegung in eine organisierte Bewegung übergeleitet werden. So sind Ansätze zu einem echten Pluralismus entstanden, die nun letztlich eben das Sowjetsystem in seinem Wesen in Frage stellen.

Nicht die wirtschaftlichen Begehren der polnischen Arbeiter haben die Spannung mit der Sowjetunion verursacht, sondern eben diese politische Forderung, der in einer Krisenlage entsprochen werden musste.

## Satelliten und Sowjetunion

Das führt zur zweiten Frage, jener nämlich nach dem Verhalten der UdSSR gegenüber der polnischen Entwicklung. Moskau befindet sich in einer ausserordentlich heiklen Lage, in welcher es nur zwischen zwei Uebeln wählen und das kleinere nicht so leicht zu bestimmen vermag.

*Auf der einen Seite* kann die Sowjetunion diese Entwicklung zum Pluralismus in Polen auf keinen Fall hinnehmen und dulden. Wenn sie das täte, wäre der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums, der Beginn des Zerfalls der kommunistischen Bewegung aus späterer historischer Sicht mit grösster Wahrscheinlichkeit auf die Juli-Streiks in Polen 1980 zu datieren.

Die Gründe sind zwingend. Der im Keim bereits vorhandene polnische Pluralismus würde ohne sowjetisches Veto wachsen, früher oder später zu einem Zwei- oder Mehrparteiensystem führen, die Desorganisation der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Folge haben und schliesslich zu einem Abfall Polens von der Sowjetunion führen. Nicht genug damit:

Das polnische Beispiel würde in andere Satelliten und sogar in die Sowjetunion selbst überschwappen. Das sowjetische Risiko ist deshalb nicht nur der Verlust Polens, sondern tatsächlich die Desintegration des Imperiums.

*Auf der andern Seite* verfügt die Sowjetunion nicht über unbegrenzte Möglichkeiten, um dieser Entwicklung in Polen Einhalt zu gebieten. Sie kann den wirtschaftlichen und politischen Druck auf Polen anheben und verstärken und tut das schon längst. Bloss ist die UdSSR wirtschaftlich in keiner leichten Lage, weil sie sich selber in einer Wirtschaftskrise befindet. Zudem ist Polen durch eine enorme Westverschuldung belastet — sie dürfte etwa 25 Milliarden Dollar erreichen. Die Sowjetunion kann diese Schulden nicht garantieren, würde aber durch einen polnischen Bankrott an Kreditwürdigkeit einbüßen. Wirtschaftlich gesehen ist Polen, ist sogar die Sowjetunion auf den Westen angewiesen.

In dieser Lage ist auch der politische Druck nicht mehr ausreichend, jedenfalls kurzfristig nicht. In dem Masse, wie das polnische Volk in seiner übergrossen Mehrheit hinter der Reformbewegung steht und die kommunistischen Organisationen in Auflösung begriffen sind, verliert der politische Druck an Kraft und Glaubwürdigkeit. Anscheinend hat die Sowjetunion eben diese Erosion der kommunistischen Organisationen in Polen unterschätzt. Sie hat allzu lange darauf gehofft, dass die polnischen Genossen gegen die unabhängige Gewerkschaftsbewegung vorzugehen vermögen — und hat sich darauf verlassen, dass sie es auch tun werden. Abgesehen von der Frage der Absicht dürften den kommunistischen Führern in Polen ganz einfach die Mittel zu solchen Vorgehen gefehlt haben.

Zumal — und das muss unterstrichen werden — der politische Wille zur Selbstbestimmung in Polen aus historischen Gründen intakt geblieben ist: Das Volk erinnert sich der Ausradierung durch drei Mächte 1792. Von ihnen ist nur Russland, d.h. die Sowjetunion, übrig geblieben. Es erinnert sich des sowjetisch-nationalsozialistischen Angriffs 1939, des Massenmordes von Katyn, des Verrates am Warschauer Aufstand, der Unterdrückung seit 1947. Und es ist im Bekenntnis zum Katholizismus geeint, der sich zum ideologischen Atheismus immer antithetisch verhalten hat. Dieses Volk nimmt mehr auf sich, als wir uns vorstellen können, um seine nationale Eigenständigkeit zurückzugewinnen.

Zwar würde es der Sowjetunion aller Voraussicht nach gelingen, den polnischen Widerstand

mit wirtschaftlichen und politischen Druckmitteln zu brechen, wenn sie dazu Zeit hätte — vielleicht zwei, drei Jahre. In einer solchen Zeitspanne liessen sich Polens Arbeiter vermutlich aushungern. Aber diese Frist steht Moskau nicht zur Verfügung, eben weil das polnische Beispiel sich grenzübergreifend in andern Satelliten und auch in der Sowjetunion selber auswirken müsste.

### Militärische Besetzung ?

So bleibt Moskau als ultima ratio die militärische Besetzung, und letztlich wird sie wohl unumgänglich sein. Wenn wir die zahlreichen Indizien von den heute schon gegebenen Auswirkungen des polnischen Beispiels in das Bild einbeziehen, dann müssen wir sogar fragen, warum die Invasion nicht schon durchgeführt worden ist, etwa nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, die eine Art Interregnum eingeleitet hatten.

Die Erklärung liegt zweifellos in den weltpolitischen Auswirkungen, welche als Folge einer militärischen Invasion in Moskau sorgfältig abgewogen und in die Entschlussfassung einbezogen werden müssen. Aus bestimmten Gründen war die Sowjetunion gezwungen, am 29. Dezember 1979 in Afghanistan massiv militärisch einzugreifen. Sie setzte damit die Entspannungspolitik, die Rüstungsbegrenzung, den Technologieimport sowie die langfristigen Kredite aufs Spiel und lief Gefahr, im Westen einen umfassenderen Verteidigungsbeschluss zu provozieren. Das ist wenigstens in den Vereinigten Staaten eingetroffen, aber eben noch nicht in Westeuropa.

In dieser Lage muss sich die Sowjetunion allergrösste Zurückhaltung in Polen auferlegen, um den Krug nicht endgültig zum Ueberlaufen zu bringen. Eine militärische Aktion könnte tatsächlich die vielen Schläfer in Westeuropa aufwecken und einen Verteidigungsbeschluss herbeiführen. Wenn aber der Westen geeint ist und in den technologischen Rüstungswettlauf eintritt, verliert die Sowjetunion innerhalb von höchstens zehn Jahren ihre militärische Ueberlegenheit und dürfte von da an nicht mehr aus der Defensive hinauskommen.

Moskau hat demnach einerseits Angst vor den



«Hast du schon gehört? Man will den Blütenstaub rationieren.» («Szpilki», Warschau, 19. 4. 1981)



Für ihren IX. Parteikongress im Juni hat sich die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP = Kommunisten) eine Demokratisierung vorgenommen. Aber schafft sie mit ihrem Banner den Sprung über den Abgrund? Eine Karikatur ohne Worte von «Szpilki», Warschau, 19. 4. 1981.



Auswirkungen der polnischen Ereignisse, andererseits aber auch Angst vor den Folgen einer militärischen Invasion. Das bewirkt eine gewisse Lähmung der sowjetischen Aussenpolitik. Bevor sich der Entscheid zur Invasion wirklich aufzwingt, versucht Moskau alle anderen Möglichkeiten auszuschöpfen. Zunächst in Polen selbst: Die Drohungen mehren sich.

Die April-Manöver sind zwar beendet, aber die dazu nach Polen verlegten Truppen nicht vollständig abgezogen worden. Es gibt mehrere Hinweise auf eine verstärkte Präsenz von Warschauer Truppen in Polen, darauf, dass sie wichtige Gebäude der polnischen Armee bewachen, ein Kommunikationssystem aufbauen und Schneisen für Flugplätze in Wäldern schlagen.

### Getarnte Invasion ?

Unter Osmose versteht der Naturwissenschaftler den langsamen Durchgang durch eine halbpermeable Membrane mit dem Ergebnis eines Ausgleichs der Konzentration der Flüssigkeiten. Was in Polen jetzt vorgeht, kann daher als osmotische Intervention bezeichnet werden. Sie hätte den Vorteil, dass keine allzu sichtbare Invasion stattfinden müsste.

Indessen gibt es auch noch andere Möglichkeiten für die Sowjetunion. Sie kann versuchen, den Druck auf Westeuropa so anzuheben, dass der atlantische Graben vertieft wird. Instrumente solcher Politik sind 1. Ankurbelung der offenen antiamerikanischen Propaganda in Westeuropa; 2. verstärkte angebliche «Friedenspropaganda» mit dem Ziel, die Stationierung neuerer amerikanischer Nuklearwaffen in Europa zu verhindern; 3. Druck auf den Nahen Osten, um die westeuropäische Energiekrise in den Griff zu bekommen.

Besondere Aufmerksamkeit wird dabei Westdeutschland geschenkt, wo die Neutralisierungstendenzen mehr und mehr in Erscheinung treten. Wenn es gelänge, die Bundesrepublik aus der Nato zu lösen, wäre Westeuropa kaum mehr zu verteidigen.

Eine neue Möglichkeit könnte der Ausgang der Wahlen in Frankreich bieten. Präsident Mitterrand beabsichtigt, auf Ende Juni das Parlament neu wählen zu lassen. Sollte sich daraus eine Linksmehrheit mit wachsendem kommunistischem Anteil ergeben, so dürfte eine kommuni-

stische Regierungsbeteiligung kaum zu umgehen sein. Das hätte Auswirkungen auf die französische Rüstung und auf die Energiepolitik, mit entsprechender Schwächung Westeuropas.

Die Entwicklung in Polen wirft mithin die entscheidende Frage des Antagonismus zwischen geschlossener, totalitärer Gesellschaft einerseits und offener, demokratischer Gesellschaft andererseits rascher und schärfer auf, als das sonst geschehen wäre. Das wird sich in historischer Rückschau vielleicht als Vorteil für die freie Welt erweisen. Denn wir drohen sonst an unseren Schwächen schneller zugrunde zu gehen als die Diktatur, was mit zahlreichen Beispielen belegt werden kann.

Es liegt demnach im Bereich der realen Möglichkeiten, dass die Sowjetunion auf eine Entscheidung in Westeuropa drängt, und das mit einer Kontrolle unserer Lebenslinien, nämlich unserer Energiebasis im Nahen Osten und unserer Rohstoffbasis im südlichen Afrika. Sollte ihr dies gelingen, wäre damit das polnische Problem nebenher gelöst, und die Sowjetherrschaft könnte langsam auf Westeuropa, den Nahen Osten, Afrika und schliesslich auf Asien erweitert werden. Das Ziel der hegemonialen Vormachtstellung wäre so erreicht, und die beiden amerikanischen Kontinente könnten zum Preis der Selbstisolation erfolgreich rechts liegengelassen werden.

Die wichtigste Schlussfolgerung ist wohl die, dass Diskussion und Gerangel um die Ordnung im westlichen Haus zeitweise in den Hintergrund treten müssten, da dieses Haus jetzt in seinen Fundamenten bedroht ist. Das heisst: vermehrtes Gewicht für eine Aussenpolitik mit dem Ziel, die westliche Einigung herbeizuführen und die Allianz mit China zu festigen. ■

«Der Westen würde (im Falle einer Invasion Polens durch die UdSSR) ein bisschen schreien, ein paar Tränen vergiessen und sich mit der Lage abfinden. Denn dem Westen liegt doch auch an der Erhaltung des Kräftegleichgewichts...»

Der stellvertretende polnische Ministerpräsident Mieczyslaw Rakowski in einem Interview mit «Stern», Hamburg, vom 7. 5. 1981